

[Transcript] Echo der Zeit / Evakuierungsaufruf Israels sorgt in Gaza für Panik

Radio-SRF echo der Zeit mit Ivan Lieberherr.
Unsere Themen am Freitag, dem 13. Oktober.
Israel ruft alle Zivilisten von Gaza-Stadt auf, in den Süden zu fliehen.
Wir fragen, wie Ägypten reagiert, wenn der Druck an der Grenze steigt.
Wenn es hier tatsächlich dazu kommt,
dass eine humanitäre Katastrophe entstehen kann,
dadurch, dass eben die Menschen nicht fliehen können,
dann muss die Grenze geöffnet werden.
Dafür dann kein Weg dran vorbei, sagt der Ägypten-Experte.
Die Schweiz prüft ein Verbot der Hamas.
Der Bundesrat erachtet das, was die Hamas jetzt gemacht hat,
ganz klar, als terroristischer Tage
und hat die Hamas als terroristische Organisation
definiert.
sagt der Außenminister.
Ist es angesichts der Gewaltspirale überhaupt noch möglich,
Hass und Wut zu überwinden?
Wir stellen einen Israeli und einen Palästinenser vor,
die genau das tun.
Miteinander reden, schwierig,
denn von ihnen werde erwartet,
dass sie sich gegenseitig hassen und auf Rache sinnen.
Schließlich Reiner E. Gut,
der langjährige Kreditswisspräsident,
ist 91-Jährig gestorben.
Er war einer der mächtigsten Wirtschaftsführer der Schweiz.
Der Nachruf im Echo der Zeit.
Israel plant die Angriffe gegen die Hamas
im Gaza-Streifen auszuweiten.
Heute forderte das israelische Militär
die Bevölkerung von Gaza-Stadt dazu auf,
ihre Häuser zu verlassen
und in den Süden des Gebietes zu fliehen.
Betroffen wären davon über eine Million Menschen.
Dieser Aufruf löst im Gaza bei vielen Menschen Panik aus
und sorgt international für Kritik.
Israel verteidigt die Maßnahme.
Auslandredaktor Bert Vogt berichtet.
Eine Million Menschen aus dem Norden des Gaza-Streifens
zu evakuieren, sei praktisch unmöglich.
Zumal die Bevölkerung dort schon seit Tagen
den dauernden Bombardierungen Leide und die Menschen
auch gar nicht wüssten, wohin sie fliehen sollen,
erklärt der Journalist Zafwat, der in Gaza-Stadt lebt.

[Transcript] Echo der Zeit / Evakuierungsaufruf Israels sorgt in Gaza für Panik

Der Gaza-Streifen ist klein
und diese Entscheidung der Israelis ist eine Katastrophe.
Der Süden ist ohnehin schon überbevölkert.
Zehntausende sind jetzt und schon früher dorthin geflüchtet.
Das Palästinenser Hilfswerk Unwra hat Tausende
in ihren Schulen aufgenommen.
Es hat gar nicht die Kapazität in eine so riesige Anzahl
neuer Flüchtlinge aufzunehmen und zu versorgen.
Sagt der Journalist, der trotzdem entschieden hat,
sich mit seiner Familie in Richtung Süden aufzumachen.
Den Gaza-Streifen verlassen können die Menschen auch nicht.
Die Grenzen sind allesamt zu.
Auch Ägypten hat beim Grenzübergang im Süden Gases
bis jetzt kaum jemanden durchgelassen.
Das Land will keine so große Zahl
an palästinensischen Fliehenden aufnehmen.
Insgesamt sind schon jetzt über 400.000 Menschen
innerhalb des Küstenstreifens auf der Flucht.
Große Angst bei den Bewohnern und Bewohnern in Gaza
löste der Zeitplan aus.
Laut ersten Informationen hatte Israel nämlich
die Evakuierung der Menschen innerhalb 24 Stunden gefordert.
Diese Frist sorgte auch für harsche internationale Kritik.
Das werde zu einer katastrophalen Situation
im Küstenstreifen führen, sagte ein Sprecher der UNO.
Verletzte oder andere Patienten aus den Spitälern
zu transportieren, komme einem Todesurteil gleich
während der die Weltgesundheitsorganisation.
Tatsächlich sind die Spitäler in der Gegend überfüllt.
Ein Spitalmitarbeiter beschrieb es gegenüber der BBC so.
Das ganze medizinische Personal sei überlastet und erschöpft.
Die Zahl der Verwundeten, die ins Spital gebracht würden,
sei schrecklich.
Wie diese Menschen den Norden Gases verlassen
und wohin sie gehen sollen, bleibt eine offene Frage.
Dazu kommt, dass die Hamas die Bevölkerung dazu auffordert,
in ihren Häusern zu bleiben.
Israel hat nicht offiziell bestätigt,
dass es eine 24-Stunden-Frist gebe.
An einer Pressekonferenz am Nachmittag
wicht der israelische Verteidigungsminister Joav Garland
der entsprechenden Frage eines Journalisten aus.
Er bekräftigte in seiner Antwort nur den Aufruf
an die Bevölkerung in den Süden des Gasastreifens zu fliehen.

[Transcript] Echo der Zeit / Evakuierungsaufruf Israels sorgt in Gaza für Panik

Israel wird nie absichtlich zivile Personen erschießen.
Deshalb rufe man sie dazu auf, den Norden Gases zu verlassen.
Als der Journalist wegen der 24-Stunden-Frist insistierte,

...
...
...
...
...
...
...
...
...
...
...
...
...
...
...
...
...
...
...
...
...

ihre Solidarität mit dem Land bekundet.

Livia Schmidt.

So sagte US-Verteidigungsminister Lloyd Austin bei einem Treffen mit dem israelischen Verteidigungsminister

Joav Garland Israel weitere militärische Unterstützung zu.

Die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock erklärte bei ihrem Besuch, Israel habe die Solidarität und Unterstützung Deutschlands, wo immer es notwendig sei.

US-Ausminister Anthony Blinken traf in Jordanien Palästinenserpräsident Mahmoud Abbas.

Dort ging es etwa um die Einrichtung von humanitären Korridoren im Gaza-Streifen.

In mehreren asiatischen und arabischen Ländern sind hunderttausende Menschen aus Solidarität mit den Palästinensern und aus Protest gegen Israel auf die Straße gegangen, so in Irak, Jordanien, Bangladesch und Pakistan.

Die Hamas hatte für heute zu Protesten in der arabischen und muslimischen Welt aufgerufen.

In Pakistan etwa, wo die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung Muslime sind, schwenkten demonstranten palästinensische Flaggen und skandierten Protest-Logens gegen Israel, wie auf Fernsehbildern zu sehen war.

Der Bundesrat unterstreiche seine Forderung gegenüber der radikal-islamischen Hamas, umgehend sämtliche Geiseln frei zu lassen.

Das sagte Außenminister Iniazio Gassis vor dem Medien in Genf.

Für die Schweiz habe der Schutz der Zivilbevölkerung oberste Priorität.

Gassis rief Israel wie auch die Hamas dazu auf, das internationale humanitäre Volkerrecht zu beachten.

Bei den Angriffen der Hamas auf Israel ist laut Gassis ein schweizerisch-israelischer Doppelbürger

[Transcript] Echo der Zeit / Evakuierungsaufruf Israels sorgt in Gaza für Panik

ums Leben gekommen.

Der Mann sei knapp 70 Jahre alt gewesen.

Näheres gab Gassis nicht bekannt.

Der Mann sei das einzige Schweizer Todesopfer, von dem man Kenntnis habe.

Die Fluggesellschaft Swiss hat die für morgen geplanten Evakuierungsflüge von Tel Aviv nach Zürich kurzfristig abgesagt.

Sie hätte diese im Auftrag des Bundes durchgeführt.

Grund für die Absage ist laut der Swiss das Risiko einer weiteren Eskalation.

Am Abend soll in Zürich der vierte Evakuierungsflug der Swiss landen.

In die Ukraine.

Die Behörden melden russische Angriffe auf die Stadt Pokrovsk im Osten des Landes.

Beim Einschlag zwei Arraketen seien mindestens eine Person ums Leben gekommen und 13 verletzt worden.

Zudem wurden laut ukrainischen Angaben zwei russische Schiffe der Schwarzmeerflotte beschädigt, in der Nähe der von Russland annektierten Halbinsel Krim.

Die beiden Schiffe seien von ukrainischen Drohnen mit neuen, Zitat, experimentellen Waffen angegriffen

worden, hieß es.

Näheres wurde nicht mitgeteilt.

Die Angaben lassen sich nicht unabhängig überprüfen.

Der Lebensmittelkonzern Nestle baut in seinem Werk in Wangen bei Olden 90 der 200 Stellen ab.

Die Arbeitsplätze sollen im ersten halben Jahr 2024 schrittweise gestrichen werden.

Nestle schreibt in einer Mitteilung von einer Neuausrichtung.

Das Werk im soloturnischen Wangen ist auf Frischteig spezialisiert.

Die Mitarbeitenden seien über die Pläne informiert worden und könnten sich nun dazu äußern.

Außerdem gibt es laut Nestle einen Sozialplan.

In Italien sorgen derzeit zwei Fußballnationalspieler für Schlagzeilen.

Sie werden mit illegalen Wetten in Verbindung gebracht.

Die beiden mussten deshalb kurz vor den EM-Qualifikationsspielen gegen Malta und England das Nationalmannschaftskamp

verlassen, nachdem dort die Polizei erschienen war.

Der italienische Sportminister Andrea Abordi begrüßte die Entscheidung des Fußballverbandes.

Es geht um Sandro Tonali und Nicolo Zagnolo, die beide in der englischen Premier League spielen.

Gegen sie wird wegen des Verdachts ermittelt, sie seien an illegalen Wetten über eine Online-Plattform beteiligt gewesen.

Zu den Börsendaten von 18.09 geliefert von 6, der Swiss Market Index schließt bei 10.900 Punkten minus 0,7 Prozent.

Der Dow Jones Index in New York ist im Vergleich zum Vortag unverändert.

Der Euro wird zu 94°76 gehandelt, der Dollar zu 90°15.

Und wie wird das Wochenendwetter, Livia Schmidt?

Morgen kommt es mit einer Kaltfront zum Wetterwechsel.

Es wird wechselnd bewölkt und zeitweise nass.

[Transcript] Echo der Zeit / Evakuierungsaufruf Israels sorgt in Gaza für Panik

Mit mäßigem Westwind gibt es nach rund 18 Grad.

Im Süden ist es freundlicher und meist trocken bei 22 Grad.

Israel hat also mehr als eine Million Palästinenser und Palästinenserinnen aufgefordert, den nördlichen

Gazastreifen zu verlassen, in Richtung Süden.

Damit richten sich die Blicke nach Ägypten.

Der einzige, nicht von Israel kontrollierte Grenzübergang befindet sich im Süden, der Raffachübergang zu Ägypten.

Stellt sich die Frage, wie Ägypten nun auf den möglichen Menschenandrang reagiert.

Darüber sprach ich mit Stefan Roll von der Stiftung Wissenschaft und Politik.

Roll leitet dort die Forschungsgruppe Afrika und Mittlerer Osten.

Ich habe ihn gefragt, ob der Raffach-Grenzübergang zwischen dem Gazastreifen und Ägypten überhaupt

offen sei.

Denn dazu gab es heute widersprüchliche Angaben.

Es gab wohl einen geringen Grenzverkehr, so habe ich das den Meldungen auch entnommen.

Aber man muss sagen, dass der Grenzverkehr grundsätzlich über diesen Grenzübergang sehr beschränkt ist.

Das sind nicht mehr als 400 bis, ich glaube, maximal 600 Personen, die da am Tag überhaupt über diese Grenze gehen können, auch unter normalen Umständen.

Was kommt jetzt auf Ägypten möglicherweise zu, wenn viele Menschen aus dem Norden des Gazastreifens in Richtung Süden flüchten?

Das ist jetzt genau die zentrale Frage, ob Ägypten hier die Grenze aufmacht und damit quasi Palästinenserinnen und Palästinensern die Möglichkeit gibt, nach Ägypten rüber zu gehen, also in Sicherheit sich erst mal zu bringen oder ob Ägypten die Grenze geschlossen lässt.

Das ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht so ganz absehbar.

Auf jeden Fall hat die ägyptische Führung große Sorge, hier eine Grenzöffnung vorzunehmen, weil sie natürlich Angst haben, dass da in erheblichen Maße dann Flüchtlingsströme nach Ägypten rüberkommen könnten.

Und das muss man auch sagen, dass sich hier dann vielleicht eine Situation etabliert, in der dann auch im großen Umfang Flüchtlinge auf ägyptischen Boden bleiben.

Ägyptens Präsident Al-Sisi sagt, die Palästinenser sollten im Gazastreifen bleiben, weil sonst Israel belohnt würde, wenn sie alle das Land verließen.

Wie sehen Sie das?

Nein, also wenn es hier tatsächlich dazu kommt und das zeichnet sich ja jetzt ab, dass eine humanitäre Katastrophe entstehen kann, dadurch, dass eben die Menschen nicht fliehen können, dann muss die Grenze geöffnet werden.

Da führt dann kein Weg dran vorbei.

Und das wird mittlerweile auch in Ägypten von Menschenrechtsorganisationen ganz klar gefordert.

Ägypten hat hier auch eine Schutzverantwortung und da kann sich Ägypten nicht rauswinden.

Das ist durchaus vorstellbar und ich kann mir durchaus auch vorstellen, dass die ägyptische Regierung genau in so eine Richtung jetzt auch pokert.

Denn eins ist klar, Ägypten ist praktisch pleite.

Das Land hat extreme finanzielle Schwierigkeiten, steckt in einer Schuldenkrise und vor diesem Hintergrund könnte man natürlich versuchen, über ein Verhalten, was jetzt aus Sicht gerade auch der westlichen Staatengemeinschaft angemessen ist, noch kapital zu schlagen.

Also das kann ich mir durchaus vorstellen, dass hier Verhandlungen laufen und dass es hier jetzt momentan darum geht, den Preis zu definieren.

Könnte Ägypten denn den Zustrom aus dem Gasastreifen logistisch überhaupt bewältigen? Ägypten beherbergt ja schon viele Flüchtlinge aus anderen Krisenregionen, aus Syrien, aus dem Sudan.

Also es gibt momentan Hinweise, dass Ägypten hier logistisch sich schon vorbereitet, also dass sehr viel Militär jetzt Richtung Grenze unterwegs ist, beziehungsweise an der Grenze schon Infrastruktur aufgebaut wird.

Es gibt auch in der Nähe ja den Flughafen Al-Arish, über den dann entsprechend auch humanitäre Flüge abgewickelt werden könnten.

Also bewältigen, glaube ich, könnte man das erst mal schon, aber langfristig würde sich natürlich die Frage stellen, was bedeutet das für das Land, wenn jetzt tatsächlich in großen Umfang vielleicht hundertausende von Menschen nach Ägypten fliehen, das wäre ganz klar eine zusätzliche Belastung.

Würde das Ägypten überfordern?

Also man muss sagen, dass Ägypten ja jetzt schon überfordert ist, die eigene Bevölkerung tatsächlich adäquat zu versorgen und das liegt nicht unbedingt an mangelnden Ressourcen, sondern wirklich an schlechter Regierungsführung.

Ägypten ist fest in der Hand einer, man kann es nicht anders sagen, Klicke an Militärs, Geheimdienstleuten, die das geschicktes Landes lenken und die eine desaströse Wirtschaftspolitik gerade in den letzten Jahren zu verantworten haben und deswegen bin ich da sehr pessimistisch, dass Ägypten tatsächlich in der Lage wäre, hier langfristig den Menschen ein gutes Leben zu ermöglichen.

Die deutsche Außenministerin Baerbock soll mit Ägypten und der UNO über die Einrichtung sogenanntes Safe-Spaces im Süden des Gaserstreifens reden.

Wie verstehen Sie das?

Naja, das eine ist ja, was Ägypten auf eigenem Territorium machen kann, um hier Erleichterung zu schaffen, also gegebenenfalls Flüchtlingscamps erst mal aufbauen, Feldlatserrette aufbauen. Das andere ist, was Ägypten auch in der Vergangenheit ja immer schon wieder mal gemacht hat, dass

eben humanitäre Güter nach Gaza rübergebracht werden aus Ägypten raus und dass Ägypten vielleicht tatsächlich in der Grenzregion auf der Gaza-Seite dabei mithilft, entsprechende Lager aufzubauen, die Infrastruktur auszugestalten.

Das wäre vielleicht schon auch eine Möglichkeit, allerdings die Militärschläge, die von Israel momentan ausgehen, sind auch ganz gezielt schon in dieser Region ja gewesen.

Wir wissen das direkt auf der palästinensischen Seite, dass Rafa-Übergang es ja bombardiert wurde.

So gesehen weiß ich noch nicht so genau, wie das dann tatsächlich umgesetzt werden kann, also hier Infrastruktur für Flüchtlinge aufzubauen.

Ägypten hat in der Vergangenheit schon Vermittlungsversuche zwischen Israel und den

[Transcript] Echo der Zeit / Evakuierungsaufruf Israels sorgt in Gaza für Panik

Palästinensern
unternommen.

Sehen Sie derzeit noch Raum für diplomatische Bemühungen unter Mitwirkung Ägyptens?

Den Raum gibt es sicher.

Ägypten hat Kontakt zu Hamas.

Was sich jetzt allerdings geändert hat, vermute ich.

So genau kann man das alles noch nicht sagen, denn das ist tatsächlich ja die Entwicklung
sind sehr dynamisch.

Aber was sich, glaube ich, schon geändert hat, ist der Blick Israels auf Ägypten.

Ich glaube, dass sich tatsächlich im israelischen Sicherheitsestablishment schon die Frage stellt,
wie die Hamas diese Schlagkraft entwickeln konnte.

Dazu muss das massiven Schmuckl von Gütern, von Waffen nach Gaza gegeben haben.

Und dieser Schmuckl kann im Grunde genommen nur über Ägypten erfolgt sein.

Und ich glaube, dass sowohl die Israelis, und das halte ich auch für plausibel, diese
Annahme, dass sowohl die Israelis als auch andere Geheimdienste Zweifel daran haben,
dass das ohne Wissen, ohne Kenntnisse des ägyptischen Geheimdienstes in den letzten
Jahren wirklich möglich gewesen ist.

Also mit anderen Worten, es stellt sich die Frage, ob hier die ägyptische Seite nicht
in den vergangenen Jahren so wenig getan hat, um die Materialzugänge für die Hamas
zu unterbinden.

Und deswegen, denke ich, ist da jetzt großes Misstrauen vorhanden.

Sagt Stefan Roll, er leitet die Forschungsgruppe Afrika und Mittlerer Osten bei der Stiftung
Wissenschaft und Politik.

Der Krieg im Nahen Osten.

Die Schweiz plant ein Verbot der Hamas.

Es gibt da aber noch gesetzliche Hürden und Kritiker, die finden, man sollte keine Gesprächskanäle
schließen.

Dann der Israeli und der Palästinenser, die beide eine Tochter im Konflikt verloren haben.

Sie haben den gegenseitigen Hass dennoch überwunden.

Zurück auf Feld 1.

Die Republikaner im US-Repräsentantenhaus suchen einen Speaker.

Die EU und der Unkrat von Nichter Glyphosat, die Staaten zögern, das umstrittene Mittel
weiterhin zuzulassen.

Das sind unsere weiteren Themen im Echo der Zeit am Freitagabend.

Und wenn Sie mehr erfahren wollen aus der Echo-Redaktion, publizistische Überlegungen,
Hörempfehlungen, dann abonnieren Sie doch unseren Newsletter unter srf.ch.

Sie erhalten dann jeden Samstag Vormittag ein Mail von uns.

Sie hat vor einer Woche den Großangriff auf Israel gestartet, die Hamas.

Die Schweiz soll die Hamas nun als Terrororganisation verbieten.

Was pro israelische Kreise schon lange fordern, verlangt nun auch die Sicherheitspolitische
Kommission des Nationalrats.

Einstimmig.

Und auch der Bundesrat will ein Verbot prüfen.

Es wäre ein Weg, denn die Schweiz in dieser Form noch nie gegangen ist.

[Transcript] Echo der Zeit / Evakuierungsaufruf Israels sorgt in Gaza für Panik

Wo er hinführen würde, ist deshalb unklar.

In Landredaktor Matthias Straß berichtet.

Für Bundesrat Ignatius Gassis ist die Sache klar.

In Genf hat er heute noch einmal bekräftigt.

Der Bundesrat erachtet das, was die Hamas jetzt gemacht hat, ganz klar, als terroristische Attacke und hat die Hamas als terroristische Organisation definiert.

Die Schweiz habe bisher zwischen Israel und der Hamas nie vermittelt.

Es habe aber Kontakte gegeben, um in Einzelfällen Botschaften zu überbringen.

Das kann etwa für humanitäre Hilfslieferungen wichtig sein.

Aus dem Auswärtigen Amt hatte es diese Woche geheißen, man habe auch am vergangenen Wochenende

mit der Hamas Kontakt aufgenommen, zum Gewaltverzicht aufgerufen und verlangt, dass Geiseln freigelassen

werden.

Nun erklärte Gassis.

Im spezifischen Fall im Moment gibt es keine Kontakte mit der Hamas.

Neben dem Entschließen, die Hamas als Terrororganisation zu bezeichnen, stellt sich nun aber vor allem die Frage, soll diese Terrororganisation in der Schweiz auch formell verboten werden?

Dieser Schritt ist die Schweiz bislang nur bei den islamistischen Organisationen Al-Qaeda und IS gegangen.

Nötig ist dafür nach geltender Rechtslage ein Verbot durch die Vereinten Nationen.

Im Falle der Hamas gibt es das nicht.

Der Bundesrat lässt deshalb jetzt die nötigen Gesetzesanpassungen prüfen.

Möglich wäre, dass er vorschlägt, den Verweis auf die UNO aus dem geltenden Gesetz zu streichen oder auch, dass er ein Gesetz vorlegt, das sich speziell auf die Hamas bezieht und diese verbietet.

Beides wird Monate in Anspruch nehmen.

Im Bundeshaus scheint ein Verbot aktuell mehrheitsfähig zu sein.

Kritik kommt von außerhalb, etwa vom Direktor des Friedensforschungsinstituts Swisspeace von Laurent Götzschel.

Eben weil man bislang Kontakte zur im Gazastreifen herrschenden Hamas nutzen konnte.

Wenn man in einem Konflikt vermitteln will, dann muss man mit den Akteuren, die eine wichtige Rolle spielen, in diesem Konflikt bereit sein zu sprechen, anders geht es nicht.

Götzschel befürchtet, dass nur schon das Sprechen miteinander nach einem Verbot schwieriger würde, geschweige denn eine allfällige Vermittlung.

Die Schweiz habe wenig zu gewinnen und verbauert sich, Möglichkeiten Gespräche aufzunehmen.

Das wäre vielleicht je nachdem möglich, die Frage ist, was wäre dann der Mehrwert, eine solche Organisation auf eine solche Liste zu führen.

Denn man würde ja dann trotzdem mit einer solchen Organisation sprechen, würde aber die Kontakte aufnehmen und überhaupt die Beziehungen grundsätzlich eher erschweren.

Götzschel betont, er verstehe das, entsetzt nach dem Angriff auf Israel.

Friedensförderung jedoch brauche einen langen Atem und es brauche in der aktuellen Situation den mutigen Gesprächskanäle trotz allem auch zur Hamas offen zu halten.

Endlich beurteilt das Tim Gull, die Mann, früher SP-Nationalrat und Diplomat mit verschiedenen

[Transcript] Echo der Zeit / Evakuierungsaufruf Israels sorgt in Gaza für Panik

Stationen im Nahen Osten.

Er sagt zu einem möglichen Hamas Verbot, das Problem, das sich entscheiden, ist immer wie kommt man wieder runter von einem Bäumen, wenn man sich mal so festgelegt hat.

Man müsse die Hamas Attacken aufs Schärfste verurteilen, solle sich jedoch gleichzeitig nicht auf ein Verbot festlegen, um künftige Gespräche nicht zu gefährden.

Das allerdings ist eine Position, die sich aktuell politisch kaum halten lässt.

Konkrete Auswirkungen hätte ein Hamas Verbot vor allem auf die Reisefreiheit ihrer Mitglieder und die Unterstützung der Organisation aus der Schweiz heraus auch finanziell.

Unklar ist, ob sich die Schweiz damit Möglichkeiten zur Vermittlung im Kleinen verbaut, zum Beispiel

bei Gesprächen zur Freilassung der Geiseln im Gaza streifen.

Und die Schweiz dürfte künftig viel schneller unter Druck kommen, weitere Organisationen zu verbieten.

Die Türkei beispielsweise würde wohl auf ein Verbot der kurdischen PKK drängen, die sie ebenfalls als Terrororganisation bezeichnet.

Ob es zum Hamas Verbot kommt, werden Bundesrat und Parlament entscheiden.

Nach dem historischen Angriff auf Israel würden sie damit Neuland betreten.

Krieg und Gewalt bedeuten meist das Ende von Dialog.

Angesichts des Leids, dass der eigenen Seite zugefügt wird, fehlt den meisten verständlicherweise die Kraft, Verständnis oder Mitgefühl für die andere Seite aufzubringen.

Zwei, die dennoch miteinander reden, sind der Israeli Rami El-Khanan und der Ballestinenser Bassam Aramin.

Beide haben im Konflikt eine Tochter verloren.

Smadar, die Tochter von Rami, starb bei einem Selbstmordattentat eines Hamas-Terroristen.

Bassams Tochter Abir wurde von einem israelischen Soldaten erschossen.

Ihre Wut haben Rami und Bassam überwunden.

Sie engagieren sich in der Organisation Parents Circle.

Sie setzt sich ein für die Verständigung zwischen den beiden Volksgruppen.

Wir haben Rami und Bassam hier im Echo der Zeit früher schon porträtiert.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Gewalteskalation hat Matthias Kündig diese Woche erneut mit den beiden gesprochen.

Er fühle sich noch immer wie in einem schlechten Traum, sagt Rami El-Khanan über die blutigen Ereignisse der letzten Tage.

Er könne bis heute nicht begreifen, was da passiert sei, sagt der Sohn eines Holocaust-Überlebenden.

Sein Freund Bassam Aramin, ehemaliger Kämpfer für die Unabhängigkeit Palästinas, pflichtet ihm bei.

Sie müssen zwar jederzeit damit rechnen, dass etwas geschehe, aber dieses Ausmaß an Gewalt sei unfassbar.

Nun drehe wieder die altbekannte Spirale der Gewalt, mehr Blut, Schmerz, Opfer und trauende Familien auf beiden Seiten.

Am Ende stärken wir auf beiden Seiten wieder diejenigen, die später die Nähe noch heftigere Gewaltwelle auslösen werden, sagt Bassam.

Rami nickt.

[Transcript] Echo der Zeit / Evakuierungsaufruf Israels sorgt in Gaza für Panik

Die Menschen, die nun Morden und Töten, sagt er, haben den Verstand verloren.

Die Menschen handelten wie Maschinen, wie Maschinen, aus der Humidierung, aus der Humidierung.

Die Menschen handelten wie Maschinen, angetrieben von Wut, ohne daran zu denken, was nachher kommt.

Sie müssen doch schließlich auch künftig zusammenleben.

Leidet die Freundschaft der zwei Männer, die beide eine Tochter verloren haben, wenn sich Israelis und Palästinenser wie jetzt gerade gegenseitig Gewalt dann tun?

Zweifeln sie derzeit am Sinn ihres gemeinsamen Engagements für Frieden und Versöhnung.

Rami und Bassam schütteln entschieden den Kopf.

Sie wollten, wie bisher gemeinsam Schulklassen besuchen, sagt Bassam, in Israel und den Palästinensergebieten.

Vor den Kindern und Jugendlichen reden sie jeweils über den Schmerz nach dem Tod ihrer Töchter, über die Wut und wie sie diese überwunden haben.

Diese Begegnungen ergänzt Rami, fühlten sich bisweilen an, als würden sie in den Schlund eines aktiven Vulkans steigen.

Ihnen schlage zunächst Wut entgegen.

Ein Israeli und ein Palästinenser, die sich die Hand reichen, sich nicht hassen und nicht wetteifern, wer das größere Opfer sei, das sei für viele provozierend.

Ihr Auftritt wirke dann jeweils wie ein Erdbeben, das für Risse Sorge in der Mauer des Hasses die beide Seiten trenne.

Und dies verändere die Bilder und Vorstellungen in den Köpfen der Schülerin und Schüler.

Wie groß auch immer der Schmerz und die Wut sei ergänzt Bassam, beide Seiten müssten miteinander sprechen und sich gegenseitig respektieren, um diesen Konflikt zu lösen, den niemand gewinnen könne.

Der Hass sei mittlerweile auch so groß, weil der Gegner auf der anderen Seite kein Gesicht mehr habe.

Begegnungen von Israel und Palästinensern geben es kaum mehr bestätigt Rami.

So sei es einfach, die, die auf der anderen Seite von Mauern und Grenzzäunen lebten, zu entmenschlichen.

Und diese Entmenschlichung sei Voraussetzung dafür, dass die Jungen im Kampf bereit sein, ihr Leben zu opfern.

Gleich, ob in der israelischen Armee oder in einer palästinensischen Widerstandsgruppe, der Gegner werde systematisch dämonisiert.

In den Köpfen seien so Mauern entstanden, die viel höher und stärker seien als die realen Mauern aus Beton, die beide Gruppen trennten.

Er selber habe lange gehadert, als er seine 14-jährige Tochter beim Selbstmordattentat eines Hamas-Terroristen verloren habe, sagt Rami, der Israeli.

Auf beiden Seiten erwartet man von uns, dass wir uns gegenseitig Hass und Rache üben.

Bassam, sein palästinensischer Freund, dessen Tochter von einem israelischen Soldaten erschossen wurde, ergänzt, die einen sterben innerlich, wenn sie eine geliebte Person verlieren.

Die anderen werden hasserfüllt und wollen, dass auch alle anderen so leiden müssen wie sie.

Doch wir haben schließlich erkannt, Rache bringt unsere Kinder nicht zurück.

Wir müssen mehr Brücken bauen, zu anderen Seite, sagt Bassam, nur so können wir überleben.

[Transcript] Echo der Zeit / Evakuierungsaufruf Israels sorgt in Gaza für Panik

Ihre Freundschaft, ergänzt Rami, sei einer dieser Brücken.

Die gegenwärtige Eruption der Gewaltzeit war beängstigend, aber sie würden sich nicht entzweien lassen und ihre Arbeit führten sie weiter, solange dies nötig sei.

Irgendwann werde es Frieden geben, nämlich dann, wenn es mehr Überwindung kostet, weiter zu kämpfen, als Frieden zu schließen.

Das gab es noch nie.

In den USA ist das Parlament handlungsunfähig, denn die große Kammer hat seit über einer Woche keinen Vorsitzenden, keinen Speaker.

Der designierte republikanische Speaker Steve Scalise hat in den letzten Jahren gestern frustriert den Betel hingeworfen.

Er hat realisiert, dass er innerhalb seiner Partei nicht auf die nötige Stimmenzahl kommt, um die Speaker-Wahl im Repräsentantenhaus zu gewinnen.

Nun geht die Suche von vorne los.

Die Analyse von USA-Korrespondentin Barbara Golpi.

Die Republikaner versinken immer mehr in Chaos, im hausgemachten Chaos.

Der innerparteiliche Streit hat einen vorläufigen Höhepunkt erreicht.

Kein Kandidat ist in Sicht, der die nötigen Stimmen vereinigen kann, um die Wahl zum Speaker zu gewinnen.

Ohne Vorsitzenden ist das Repräsentantenhaus blockiert, denn nur der Speaker kann Gesetzentwürfe und andere Vorlagen zur Abstimmung bringen.

Die Folgen sind entsprechend weitreichend.

Präsident Joe Biden hat zum Beispiel bereits angekündigt, zusätzliche Soforthilfe für Israel beantragen zu wollen.

Ohne Speaker kann im Parlament jedoch kein Kredit gesprochen werden.

Dabei wären sich die sonst so zerstrittenen Republikanerinnen und Republikaner einig, wenn es um die Unterstützung von Israel geht.

Doch selbst der Konflikt im Nahen Osten war nicht der erhoffte Weckruf, sich zusammenzureißen.

Auch ihnen politisch strengt die Zeit,

denn eigentlich müsste sich das Repräsentantenhaus dringend um das Budget kümmern.

Das Übergangsbudget läuft in Hut einem Monat aus

und es droht erneut ein Shutdown der Regierung.

Zwar ist es nur eine kleine republikanische Minderheit,

rund ein Dutzend Abgeordnete, die sich quer stellt.

Doch aufgrund der knappen Mehrheitsverhältnisse im Repräsentantenhaus kann sie die Speakerwahl torpedieren.

Der rechte Flügel der Partei will Jim Jordan als neuen Speaker.

Jim Jordan ist Mitgründer der extrem konservativen Rechtsaußengruppierung

Freedom Caucus und Jim Jordan ist der verlängerte Arm von Donald Trump.

Der ehemalige Präsident hat nach wie vor großen Einfluss.

Wer die republikanische Partei aus dem Chaos führen kann, ist zurzeit völlig offen.

Emsig wird hinter verschlossenen Türen beraten.

Die Republikaner wollen einen Wahlmarathon verhindern,

wie Anfang Jahr, als der inzwischen abgewählte Speaker Kevin McCarthy

15 Wahlgänge benötigte.

Immer mehr macht sich jedoch auch innerhalb der Partei frust breit.

Einige Abgeordnete haben ihrem Unmut gestern freien Lauf gelassen.

Längst befürchten gemäßigt die Republikanerinnen und Republikaner, dass dieses Chaos am Ende ihrer eigenen Partei schaden wird.

Die Demokraten schauen dem Treiben im Moment ebenso frustriert zu.

Mehr können sie zurzeit nicht tun.

Zwar wäre es möglich, dass sie einen gemäßigten republikanischen Kandidaten unterstützen würden.

Doch dieser müsste entsprechende überparteiliche Zugeständnisse machen, was ihn wiederum innerhalb der eigenen Partei schwächen würde.

Und die Demokratinnen und Demokraten wissen,

dass jetzige Chaos entstand nicht aufgrund einer fehlenden überparteilichen Zusammenarbeit, sondern einzig und allein deshalb, weil die republikanische Partei

so gespalten und zerstritten ist.

Barbara Goldby im Echo der Zeit.

In den nächsten Minuten geht es um die EU, die entscheiden muss,

ob der Unkrautvernichter Glyphosat weiterhin eingesetzt werden darf

und um das Vermächtnis von Rainer E. Gut,

der langjährige Präsident der Credit Suisse

und Verwaltungsrat der Swissry und der Swissair

war einer der mächtigsten Wirtschaftsführer der Schweiz.

Wo der Unkrautvernichter Glyphosat versprüht wird,

da wächst kein Gras, Strauch oder Mosmehr.

Das Mittel wird vor allem in der Landwirtschaft eingesetzt,

um ein Feld frei von Unkraut zu halten,

bevor Nutzpflanzen ausgesät werden.

Glyphosat ist äußerst umstritten,

denn das Mittel könnte krebserregend sein, sagen Kritiker.

Deshalb tut sich die EU schwer damit,

Glyphosat für weitere zehn Jahre zuzulassen.

Die aktuelle Zulassung in der EU läuft Mitte Dezember aus.

Die Mitgliedsländer konnten sich heute nicht auf eine Verlängerung einigen.

Im November soll nun erneut abgestimmt werden,

EU-Korrespondent Charles Liebherr.

Die europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit

hat dem Juli die erneute Zulassung von Glyphosat

in der EU als unproblematisch bewertet.

In der Folge beantragte die EU-Kommission

den Mitgliedstaaten die Zulassung des Unkrautvernichters

um zehn Jahre bis 2033 zu verlängern.

Dafür fand sie heute aber keine qualifizierte Mehrheit unter den EU-Staaten.

Aber auch ein Verbot von Glyphosat wurde mehrheitlich abgelehnt.

Ein qualifiziertes Meer ist erreicht,

[Transcript] Echo der Zeit / Evakuierungsaufruf Israels sorgt in Gaza für Panik

wenn mindestens 15 von 27 EU-Staaten zustimmen,
die 65% der Bevölkerung repräsentieren.

Dies kam nicht zustande.

Und anderem die beiden großen EU-Länder Frankreich und Deutschland
enthielten sich der Stimme und verhinderten so eine Entscheidung.

Zahlreiche Staaten halten offenbar die Verlängerung um zehn Jahre als zu weitreichend.

Die Partei der Grünen wertet das als wichtigen Etappensieg,

während der Hersteller Bayer sich weiterhin zuversichtlich zeigt,

im nächsten Schritt des Genehmigungsprozesses die meisten EU-Staaten zu überzeugen.

Im November soll nun eine weitere Abstimmung stattfinden.

Möglicherweise wird die EU-Kommission dann bloß eine Zulassung von fünf Jahren beantragen.

Entscheidend die EU-Staaten immer noch nicht,

kann die EU-Kommission allein über die Zulassung befinden.

Glyphosat zählt zu den weltweit am meisten eingesetzten Unkrautvertilgern.

Die Krebsforschungsagentur der Weltgesundheitsorganisation WHO

stuft den Wirkstoff 2015 als wahrscheinlich krebserregend ein.

Der Agrar-Chemiekonzern Bayer sieht sich deshalb mit einer Klagewelle konfrontiert

wegen der möglicherweise gesundheitsgefährdenden Folgen

beim Einsatz von Glyphosat in der Landwirtschaft.

Chemist zu einer Verlängerung der Zulassung von Glyphosat in der EU

müsste jeder EU-Staat dann noch die Bedingungen für den Einsatz auf Feldern separat regeln.

Zum Beispiel abhängig von der Windrichtung,

beschränkt auf bestimmte Regionen oder nur mit einem Sicherheitsabstand zu Wohngebieten.

Reiner E. Gut

Reiner E. Gut er gilt als der Architekt der Credit Suisse als globaler Großbank.

In den letzten Monaten und Jahren wurde es aber still um den einst höchst
einflussreichen Schweizer Wirtschaftskapitän.

Nun ist Reiner E. Gut im Alter von 91 Jahren gestorben.

Wirtschaftsredaktor Jan Baumann

Das Scheitern der Credit Suisse und den Notverkauf der Bank an die Rivalen UBS

hat Reiner E. Gut nicht öffentlich kommentiert.

Das Letzte, was man von ihm dazu hörte, war,

dass er seinen Posten als Ehrenpräsident der CS im Frühjahr dieses Jahres räumte.

Aber sicher hat der unrühmliche Untergang der CS auch das Image von Reiner E. Gut angekratzt.

Denn er war es, der viele Jahre zuvor die Internationalisierung

und die starke Ausrichtung der früheren Schweizerischen Kreditanstalt SKA

auf das angesächsische Banking vorangetrieben hatte.

Das war in den 80er und 90er Jahren des letzten Jahrhunderts.

Aber fangen wir vorne an.

Sein Aufstieg an die Spitze der Zürcher Großbank SKA gilt als kommentenhaft.

Nach seinem Einstieg ins Bankgeschäft bei einer New Yorker Investmentbank Ende der 60er-Jahre

führte sein Weg steil nach oben und recht rasch an den Hauptsitz der Kreditanstalt am Zürcher
Paradeplatz.

Inmitten des sogenannten Chiasso-Skandals von 1977,

[Transcript] Echo der Zeit / Evakuierungsaufruf Israels sorgt in Gaza für Panik

der die Bank massiv Schwächte übernahm mit die Konzernführung, es ging im Chiasso-Skandal um Schwarzgeld von italienischen Kunden. Die Affäre kostete die Bank fast eine Milliarde Franken, damals sehr, sehr viel Geld. Doch Reiner E. Gut hatte den Chiasso-Skandal nicht zu verantworten. Stattdessen nutzte der Konzernlenker die Krise, um die Bank international neu aufzustellen. Unter seiner Ägide wandelte sich die Kreditanstalt zur Krediswissgruppe und übernahm in den USA die Investmentbank First Boston. Ein wichtiger Markstein in der CS Saga war dies und damit auch in der Biografie von Reiner E. Gut. Im Rückblick mag man den Fokus auf das angelsächsische Investmentbank einschließlich, der damit verbundenen Bonuskultur als Fehler betrachten. Aber damals erschien dieser Schritt zumindest als mutiger Aufbruch. Dass er auch mit enormen Risiken verbunden war, zeigte sich Jahre später. Aber Gut machte weiter mit der Expansion. In der Schweiz kamen durch Übernahmen die Bank Leu dazu, ebenso die Schweizerische Volksbank, um nur zwei wichtige Zugkäufe zu nennen. Und parallel dazu tastete sich die CS Gruppe auch ins Versicherungsgeschäft vor. Im Herbst 1997 dann der Paukenschlag, die CS übernahm die Wintertuerversicherung und man sprach verheißungsvoll von den Chancen des sogenannten Allfinanzgeschäfts, das Versicherungen und Bankgeschäfte kombinierte. Im gleichen Jahr gab Gut die Konzernführung an seinen Nachfolger Lukas Mülermann ab und wurde Verwaltungsratspräsident. Anlässlich des Schulterschlusses mit der Wintertour, sagte Rainer E. Gut. Wir waren in der Schweiz immer zu klein, darum haben wir einen grossen Teil unseres Geschäfts im Ausland. Ich glaube, wenn Sie schauen, wir haben in der Schweiz Unternehmen, die weltweit einen sehr nahen Ansehen errufen haben, der in der Schweiz zu klein war. Ich glaube, das ist zum Vorteil des Landes, wenn wir Unternehmen haben, die stark sind und international respektiert werden. All dies ist Geschichte. Die Wintertour wurde weiterverkauft, die Allfinanz begraben, das US Investment Banking blieb im Konzern. Rainer E. Gut galt noch viele Jahre über seine Rolle als CS-Chefin aus, als einer der mächtigsten Wirtschaftslenker des Landes, unter anderem in seiner Rolle als Verwaltungsratspräsident des Nahrungsmittelkonzerns Nestle und als Unterstützer der Fluggesellschaft Swiss, die 2002 aus der gescheiterten Swiss Air entstand. Jan Baumann. Und das war das Echo der Zeit vom Freitag, dem 13. Oktober, mit Redaktionsschluss um 18.41 Uhr. Verantwortlich für diese Ausgabe, Anna Drexel, für die Nachrichten Thomas Fuchs und am Mikrofon war Ivan Lieberherr.